Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis monatlich 2,— RM. bei Haus-, bei Postbestellung 1,50 RM. zuzüglich Bestellgeld. Einzelnummern 10 Rpfg. Alle Postanstalten, Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Nonpareillezeile 20 Rpfg., die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennige, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teil 1 RM. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übern. wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 7 — 91. Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Sonnabend, den 9. Januar 1932

Inventur.

Verhüllte Selbsttäuschung — Das Problem des Reichstages — „Reparationsfront" in Deutschland.

Mehr als nur eine freudig begrüßte Gelegenheit zu billigem Kauf bedeutet heute für die deutsche Wirtschaft das Wort „Inventur". Für wen ist es denn noch ein Akt der Genugtuung, den Stand oder Zustand seines Betriebes festzustellen! Wem macht es Freude, aus diesen Feststellungen nun entnehmen zu können, wie um vergangenen Jahr das Betriebsergebnis gewesen ist! Zahllose haben ja schon während des Jahres der Krise „Inventur" machen müssen, weil sie nicht mehr weiter konnten! Zahllosen wurden erst durch eine solche „Inventur" die Augen schreckhaft weit geöffnet. Man konnte sich nichts mehr vormachen und die deutsche Wirtschaft vom Größten bis zum Kleinsten will sich jetzt auch nichts mehr vormachen. Falsche, fiktive Werte werden rücksichtslos „abgeschrieben", wenn eine nüchtern-ehrliche Inventur feststellt, daß diese Werte eben nur noch auf dem geduldigen Papier stehen. Schon die letzte Notverordnung zerriß einen Teil dieser papierenen Werte. Diesem Zwang mußte sich beugen auch jeder, der etwa nicht einzusehen vermochte, wie notwendig eine umfassende und gründliche Inventur war und ist. Wir haben es ja alle furchtbar schwer büßen müssen, daß wir uns selbst täuschten oder täuschen ließen. Scheinblüten verdorrten ebenso wie — Schlagworte. Beides wurde und wird abgeschrieben und abgestoßen. Übrigbleiben soll bei dieser allgemeinen Inventur eben nur das, was im Kern gesund ist. Wir wissen freilich, daß die Krise in ihrer Furchtbarkeit auch vieles zerstörte, was durchaus noch wertvoll war. Wir wissen ferner, daß dieser Sturm noch immer weiter braust und an den zerzausten Ästen des Baumes der deutschen Wirtschaft rüttelt. Und wir wissen schließlich, daß es jammervollerweise nicht von Deutschland allein abhängt — und dies ist wohl der niederdrückendste Teil der Inventur! —, wann endlich jener Sturm sich mildert, endlich aufhört. In Deutschland aber erhob er sich.

*

Auch das Deutsche Reich und Volk war ja bereits in der Mitte des vergangenen Jahres genötigt, Inventur zu machen, die zu der schnell fertiggewordenen Feststellung führte, daß wir die uns auferlegten Tribute nicht länger tragen konnten. Der Zahlungsaufschub aber vermochte nicht mehr die Folgen davon hintanzuhalten, daß man draußen, bei unseren Gläubigern, sich hartnäckig dagegen gesträubt hatte, zuzugeben, daß die deutschen „Werte", die „Beteiligungen an dem Vermögen des deutschen Volkes" eben doch nur noch auf dem Papier stehen. England, selbst Amerika bekamen es spät, aber drastisch zu spüren; Frankreich will wenigstens die Forderungen retten. Inzwischen hat man auch in Basel mit dem deutschen Wirtschafts„betrieb" eine recht gründliche Inventur gemacht. Sie war von einem derart erschreckenden Ergebnis, daß man dies auch nicht mehr mit Gewalt oder Sanktionen aus dem Buch der Wirklichkeit wegradieren kann. Auch Frankreich vermag es nicht mehr zu tun. Und wenn nun Deutschland verlangt, daß man nüchtern-wirtschaftlichen Sinnes aus dem Ergebnis dieser Inventur die selbstverständliche Folgerung zieht, einen Schlußstrich zu machen, so ist dies erfreulicherweise auch jenseits unserer Westgrenze nicht ganz ohne Zustimmung geblieben. Man kann sich als Deutscher darüber freuen, ohne praktisch den Wert dieser Zustimmung zu überschätzen. Mut gehörte dazu, sie in Frankreich selbst auszusprechen. Das verzeichnen wir, müssen aber gleichzeitig feststellen, daß für die heranrückende Reparationskonferenz noch so ziemlich alles Wesentliche in der Schwebe zu sein scheint: Termin, Ausgangspunkt, Marschroute und Ziel.

*

Um so schwerer ist daher für Deutschland der Gang nach Lausanne. Und alles andere als erleichtert wird dieser Gang dem deutschen Vertreter Dr. Brüning dadurch, daß die innenpolitischen Spannungen so groß sind und gerade in der kommenden außenpolitisch kritischen Zeit sich noch verschärfen müssen —, denn wir gehen ja nicht etwa nur entscheidenden Wochen, sondern kritischen Monaten entgegen, in die hinein zwei wichtige innenpolitische Entscheidungen fallen sollen: Reichspräsidenten- und Preußenwahl. Hinzu kommt noch früher oder später das, was mit einem kurzen, aber verständlichen Wort als „das Problem des Reichstags" bezeichnet werden darf. Der Reichskanzler hat tatsächlich damit begonnen, will versuchen, diese innenpolitischen Spannungen zum mindesten so weit abzuschwächen, daß sich die doch tatsächlich gemeinsame außenpolitische Willensrichtung aller Deutschen, daß sich die „Reparations-front" zu stärker sichtbarem Ausdruck bringt. Dr. Brüning verhandelt hierüber mit den Parteiführern, hat eine vielbemerkte Unterredung mit Hitler gehabt und es verlautet, daß dabei das zeitlich zunächstliegende innenpolitische „Kampf"problem behandelt worden sei: die Reichspräsidentenwahl. Genauer gesagt: die Vermeidung dieser Wahl oder die Neuwahl Hindenburgs sozusagen „per Akklamation", also unter Ausschaltung gegensätzlicher innenpolitischer Kämpfe ernstester Art. Die Vermeidung der Neuwahl könnte bekanntlich nur durch einen mit Zweidrittelmehrheit des Reichstages gefaßten Beschluß erfolgen, wonach die verfassungsgemäß auf sieben Jahre

Um Hindenburgs Wiederwahl

Hitlers Bedenkzeit.

Die Entscheidung über die Präsidentenwahl.

Die Verhandlungen über die Frage einer Verlängerung der Reichspräsidentenschaft Hindenburgs hatten am Freitag einen Stillstand erfahren. Dies ist nicht weiter verwunderlich; denn eine Zusammenkunft zwischen dem Führer der Deutschnationalen, Geheimrat Hugenberg, und dem Führer der Nationalsozialisten, Adolf Hitler, war am Freitag unmöglich, da Geheimrat Hugenberg nicht in der Reichshauptstadt weilte und erst am Sonnabend nach Berlin zurückkehrt, wo dann umgehend die Besprechung zwischen Hitler und Hugenberg vor sich gehen soll. Wie es heißt, soll Hitler auch die Absicht haben, zu den Verhandlungen die Führer des Stahlhelms, Seldte und Düsterberg, hinzuzuziehen. Die Entscheidung der nationalen Opposition wird bald fallen müssen, da Hitler dem Reichskanzler zugesagt haben soll, ihm möglichst bis Sonnabend abend endgültige Antwort zu erteilen, ob die Nationalsozialisten gewillt sind, im Reichstag für die Verlängerung der Amtszeit Hindenburgs mit einzutreten.

Alle bisherigen Berichte über eine bestimmte Stellungnahme der Deutschnationalen zur Frage der Präsidentenwahl beruhen lediglich auf Kombinationen. Hugenberg hat sich zu der Frage einer Verlängerung der Amtszeit des Reichspräsidenten noch nicht geäußert, da er erst von Hitler über die Einzelheiten der Unterredung Hitlers mit dem Reichskanzler unterrichtet werden muß. Falsch ist also insbesondere auch die in der Presse aufgestellte Behauptung, daß die Deutschnationalen sich für die Verlängerung der Amtsperiode des Reichspräsidenten auf nichtparlamentarischem Wege eingesetzt hätten. Ebenso unrichtig ist die Behauptung, daß Hitler seine Zustimmung zu der Verlängerung der Amtszeit des Reichspräsidenten an bestimmte Bedingungen geknüpft habe. Hitler hat in der Unterredung mit dem Reichskanzler diesen lediglich allgemein über seine Auffassung unterrichtet, ohne aber sich auf Einzelheiten festzulegen. Richtig ist allerdings, daß Hitlers Auffassung dahin geht, daß eine Verlängerung der Amtsperiode des Reichspräsidenten nicht dem Sinne der Verfassung entspricht, und daß im übrigen dem Volk Gelegenheit gegeben werden muß, seine wahre Meinung zum Ausdruck zu bringen. Die innenpolitische Entwicklung, die bisher bei den verschiedensten Gelegenheiten (Gemeindewahlen, Landtagswahlen) bereits zum Ausdruck gekommen sei, dürfe nicht dadurch unterbrochen werden, daß die verfassungsmäßige Reichspräsidentenwahl ausgesetzt werde. Falls aus außenpolitischen Gründen die Verlängerung der Amtszeit Hindenburgs für notwendig erachtet würde, so müsse dem Volk auf andere Weise die Gelegenheit gegeben werden, seinen Willen kundzutun. Diese verfassungsrechtlichen Bedenken Hitlers richten sich selbstverständlich nicht gegen die Person des Reichspräsidenten. Im übrigen dürfte Hitlers endgültige Stellungnahme von der Unterredung mit Hugenberg abhängen.

*

Neuwahl durch den Reichstag?

Berlin. Ueber die Aktion Brünings in der Präsidentschaftsfrage wird weiter mitgeteilt, daß es sich bei dem zur Beratung stehenden Gesetzentwurf nicht etwa nur um eine Verlängerung der Amtsdauer des Reichspräsidenten, sondern um eine Neuwahl durch den Reichstag handelt. Der Gesetzentwurf sieht eine Neuwahl mit einer siebenjährigen Amtsdauer vor. Es ist der Entscheidung des Reichspräsidenten v. Hindenburg überlassen, wenn er von seinem Amt zurücktreten wird. Dabei muß aber beachtet werden, daß nun nicht grundsätzlich die Neuwahl des Reichspräsidenten durch den Reichstag stattfinden soll, sondern es handelt sich um eine Lex Hindenburg die nur für diesen Einzelfall Anwendung findet.

---

festgelegte Zeit der Amtsdauer des Reichspräsidenten verlängert wird. Das ist im Jahre 1922 bereits einmal geschehen, als die Amtsverlängerung der Reichspräsidentschaft Eberts durch eine solche Zweidrittelmehrheit des Reichstages beschlossen wurde; damals ging formell der Antrag hierzu vom Reichstag selbst aus. Das Ende der Amtszeit Eberts wurde um fast drei Jahre hinausgeschoben. Reichspräsident von Hindenburg hat sich über den ganzen Vorschlag, der ja schon des öfteren debattiert worden ist, und der nun feste Formen angenommen hat, bisher jeder Stellungnahme nach außen hin enthalten. Die Reichstagsparteien sind, soweit sie hinter der Regierung stehen, natürlich für die Anregung Brünings; auch die Sozialdemokratie billigt sie, wenn nicht irgendwelche politischen Bedingungen daran geknüpft werden. Der Reichskanzler scheint nämlich größtes Gewicht darauf zu legen, daß allerseits eine klare und schnelle Entscheidung getroffen wird. Dr. Pr.

Entscheidung am Sonnabend.

Wie von nationalsozialistischer Seite mitgeteilt wird, wird die Unterredung zwischen Hitler und dem Führer der Deutschnationalen Volkspartei, Geheimrat Hugenberg, Sonnabend nachmittag stattfinden. Die endgültige Stellungnahme Adolf Hitlers gegenüber dem Reichskanzler bzw. dem Reichsinnenminister wird Sonnabend abend 21 Uhr erfolgen.

Hitlers Bedingungen.

Die Kölnische Zeitung berichtet über die Bedingungen Hitlers für die Zustimmung seiner Fraktion zu einem Verlängerungsgesetz bezüglich der Amtsdauer des Reichspräsidenten. Hitler habe verlangt, daß eine entscheidende Änderung der Reichsregierung herbeigeführt werde, wobei zunächst die Fragen offen bleibe, ob sich die Spitze dieser Forderungen vielleicht auch gegen Dr. Brüning persönlich richte. Weiter habe Hitler unbedingt Wert darauf gelegt, daß der Reichskanzler die Legalität der nationalsozialistischen Partei anerkenne und diese Anerkennung öffentlich ausspreche. Hinter diesen beiden entscheidenden Forderungen trete die dritte Bedingung der Reichstagsneuwahlen zurzeit stark in den Hintergrund.

Brüning, so berichtet das Blatt weiter, habe in der gestrigen Aussprache die Erfüllung der beiden Hauptbedingungen Hitlers entschieden abgelehnt.

*

Von maßgebender nationalsozialistischer Seite verlautet hierzu, daß angesichts einer solchen Frage, wie der einer Verlängerung der Amtsdauer des Reichspräsidenten von Hindenburg, von „Bedingungen" überhaupt nicht gesprochen werden könne. Im übrigen habe sich Hitler in allem seine Stellungnahme vorbehalten, um zunächst einmal mit den Führern der anderen Gruppen und Parteien der Nationalen Opposition Rücksprache zu nehmen und dann erst seine Entscheidung bekanntzugeben.

*

Prälat Dr. Kaas über Tributfrage und Reichspräsidentenwahl.

In Vechta sprach im Vertretertag der Oldenburgischen Zentrumspartei der Führer der Deutschen Zentrumspartei, Prälat Dr. Kaas. Unter Hinweis auf die bevorstehenden außenpolitischen Verhandlungen wies der Redner u. a. darauf hin, daß die zerstörenden Wirkungen der hartnäckigen französischen Tributpolitik heute nicht nur in Deutschland, sondern in der gesamten Weltwirtschaft zu spüren seien. Die Aussichten für das Gelingen einer reparationspolitischen Durchbruchsschlacht — die entsprechende Zähigkeit und Widerstandskraft vorausgesetzt — seien deshalb jetzt besser als bisher.

Dr. Kaas ging dann auf die Frage der Reichspräsidentenwahl ein und unterstrich nachdrücklich die Notwendigkeit der Herausnahme dieser für die innen- und außenpolitische Entwicklung äußerst bedeutsamen Frage aus parteipolitischer Behandlung und Interessiertheit. Der Sieger von Tannenberg müsse als getreuer Ekkehard des deutschen Volkes während der Kriegs- und Nachkriegszeit über jeder parteipolitischen Betrachtungsweise stehen.

*

Im „Tag", der der Deutschnationalen Volkspartei nahesteht, wird darauf hingewiesen, daß eine Verlängerung der Amtsdauer des Reichspräsidenten ein Entgegenkommen an den Reichskanzler bedeuten würde, weil dieses Verlangen ausdrücklich von der Reichsregierung ausgegangen ist. Vereinbarungen in dieser Frage würden wohl ohne weiteres die Erfüllung gewisser Bedingungen gegenüber der nationalen Opposition voraussetzen. Weiter sei bei der Forderung des Reichskanzlers zu bedenken, daß eine Unterstützung der jetzigen Forderung des Reichskanzlers auch eine gewisse Festlegung in den außenpolitischen Fragen bedeuten könne. Denn der Reichskanzler könnte, wenn jetzt eine Vereinbarung über die Verlängerung der Amtsdauer des Reichspräsidenten in einer Tagung des Reichstages noch vor der Lausanner Konferenz zustande käme, diese Einheitsfront auch in der Lausanner Konferenz ins Feld führen. Und diese Einheitsfront würde Gefahr laufen, in allen ihren Teilen später für die Außenpolitik des Kabinetts verantwortlich gemacht zu werden. Diese Außenpolitik könne aber, auch wenn der Kanzler sich zunächst für eine Streichung der deutschen Tributverpflichtungen einsetze, im späteren Verlauf wieder Formen annehmen, die sich nicht sehr von dem bisherigen System der Außenpolitik unterscheiden.

Das Echo im Auslande.

Die Unterredung zwischen dem Reichskanzler und Hitler findet in der Pariser Presse um so stärkere Beachtung, als man in einem Verbleiben des Reichspräs-

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF